

Der US-Autor Stephen Lendman beschäftigt sich mit den Folgen des dritten Wahlsiegs der CDU-Kanzlerin Angela Merkel.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 144/13 – 27.09.13

Angela Merkels Deutschland

Von Stephen Lendman

SteveLendman Blog, 23.09.13

(<http://sjlendman.blogspot.de/2013/09/merkels-germany.html> =

Am 23. September erschien der *SPIEGEL ONLINE INTERNATIONAL* mit der Schlagzeile "World From Berlin: 'Triumph Confirms Era of Merkelism'" (Botschaft aus Berlin an die Welt: Merkel-Ära triumphal bestätigt, s. <http://www.spiegel.de/international/germany/german-press-comment-on-election-victory-of-angela-merkel-a-923886.html>)

Sie "hat einen atemberaubenden Sieg errungen. Die Konservativen erzielen das beste Wahlergebnis in zwei Jahrzehnten. Merkel hat den Zenit ihrer Macht erreicht".



Foto entnommen aus <http://www.spiegel.de/international/germany/merkel-wins-third-term-in-general-election-a-923755.html>

Kolumnist Wolfgang Münchau schrieb in der *Financial Times* unter der Schlagzeile "Merkel's almost total political triumph" (Merkels fast totaler politischer Triumph, nachzulesen unter <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/1ec1cc86-23b0-11e3-b506-00144feab7de.html#axzz2-fupJC4LI>):

"Nur wenige Stimmen fehlten zur absoluten Mehrheit; dieses Wahlergebnis ist das denkbar beste, das Angela Merkel erreichen konnte."

"Es war ein triumphaler Wahlerfolg, wie er in der deutschen Politik äußerst selten vorkommt."

"Sie hat ihre sämtlichen Wahlziele erreicht und wird an der Macht bleiben – was eh niemand ernsthaft bezweifelt hat."

"Sie hat aber noch ein weiteres Ziel erreicht – sie verhinderte, dass die drei Parteien links von der CDU im neuen Bundestag eine Koalition gegen sie bilden können."

Deutschlands so genannte Linke ist genau so konzernhörig und arbeiterfeindlich wie die Parteien rechts der Mitte. Dazu hat sich Münchau nicht geäußert, sondern nur gesagt: "Die CDU kann sich einen Koalitionspartner aussuchen."

Er lehne ihre Wirtschaftspolitik zwar größtenteils ab, bewundere aber ihre politische Kaltschnäuzigkeit.

Die deutsche Zeitung *taz* nennt Angela Merkel "die schlechteste Regierungschefin in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands". Das ist sie und noch einiges mehr. Ihr Wahlsieg ist "auch eine schlimme Nachricht für Europa".

Die *Berliner Zeitung* beklagt, dass wichtig innenpolitische Probleme ungelöst blieben. "Vieles kann nicht noch weitere vier Jahre so bleiben, wie es jetzt ist." Es wird aber nicht besser, sondern nur noch schlimmer werden.

Angela Merkel ist nicht nur Kanzlerin und Parteichefin. Sie hat die deutsche Politik auch weiter nach rechts gerückt als alle deutschen Kanzler aus beiden politischen Lagern vor ihr.

Sie hat die dritte Wahl in Folge gewonnen und könnte so lange Kanzlerin bleiben wie Helmut Kohl, der von Oktober 1982 bis Oktober 1998 insgesamt 16 Jahre im Amt war.

Angela Merkels Triumph bringe sie "auf gleiche Höhe mit anderen Schwergewichten der CDU – mit Konrad Adenauer und Helmut Kohl", schreibt *Der Spiegel*, sie werde aber nicht viel Zeit haben, "ihren Wahlsieg zu genießen".

Obwohl 41,5 Prozent der deutschen Wähler Frau Merkel als Kanzlerin behalten wollen, stehen ihr harte Koalitionsverhandlungen bevor, bis sie eine neue Regierung bilden kann. Ihr bisheriger Partner FDP erlitt eine demütigende Niederlage.

Die FDP verlor zwei Drittel ihrer Wähler und wird dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören, weil sie an der 5-Prozent-Hürde gescheitert ist.

Das ist ihr zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg passiert und ein schwerer Rückschlag für die Rechte. Angela Merkel bleibt aber die Wahl zwischen zwei anderen Parteien.

Ihre neue Regierung kann sie entweder mit der SPD oder mit den GRÜNEN bilden. Beide Koalitionen werden der Mehrheit der Deutschen nur Nachteile bringen.

Die fünf wichtigsten deutschen Parteien (CDU, CSU, FDP; SPD und DIE GRÜNEN) ähneln den Republikanern oder den Demokraten in den USA. Sie unterscheiden sich nur in ihren verbalen Äußerungen, aber kaum in ihrer Politik.

Die Politik der (genannten) Parteien nützt nur den Konzernen und benachteiligt die Bevölkerung. Sie führen Krieg gegen die Mehrheit der Deutschen und zwingen sie, sich immer mehr einzuschränken.

Sie unterstützen die imperialen Pläne Obamas und hängen auch eigenen Großmacht-Träumen nach. Sie befürworten Kriegseinsätze und tun nichts zur Erhaltung des Friedens. Außerdem vernachlässigen sie die Interessen der meisten Deutschen.

Der Merkelismus ähnelt dem Thatcherismus. Frau Thatcher startete eine Revolution zu-

gunsten der Konzerne. Sie machte Großbritannien zu einem Labor für halsabschneiderische Kapitalisten.

Frau Thatcher vertrat den reinen Fundamentalismus der Chicagoer Schule. Sie glaubte, die Märkte funktionierten am besten ohne einschränkende Regeln, ohne lästige Steuern, ohne Handelshemmnisse und ohne staatliche Einmischung.

Die Regierung solle sich am besten ganz heraushalten. Die Konzerne könnten ohne Eingreifen der Regierung alles viel besser regeln. Öffentliches Eigentum müsse privatisiert werden. Die Profitmaximierung dürfe nicht eingeschränkt werden.

Angela Merkel ist ihr deutsches Pendant. Die Deutschen sind selbst für ihre Wiederwahl verantwortlich.

Die politische Karriere Angela Merkels begann im Dezember 1989. Sie schloss sich dem in Ostdeutschland gegründeten Demokratischen Aufbruch / DA an und wurde dessen Pressesprecherin.

Im August 1990 wurde der DA in die ostdeutsche CDU eingegliedert, die nach der Wiedervereinigung im Oktober in der westdeutschen CDU aufging.

Frau Merkel verlor zwar ihren Job, brauchte sich aber keine Sorgen zu machen. In der Bundestagswahl im Dezember 1990 errang die CDU einen klaren Sieg. Im Januar 1991 wurde Angela Merkel zur Ministerin für Frauen und Jugend berufen.

Helmut Kohl, der Parteichef der CDU, wurde ihr Mentor. Sie nannte ihn den "Vater der deutschen Einheit" und verbündete sich mit den Konservativen am rechten Rand ihrer Partei.

Auch nach den Wahlen im Jahr 1994 behielt die Regierung Kohl die Macht. Angela Merkel wurde zur Umweltministerin befördert und förderte ihrerseits die Atomindustrie. Sie befürwortete die Verlängerung der Laufzeit alternder Kernkraftwerke.

1998 übernahm die SPD zusammen mit den GRÜNEN die Macht. Angela Merkel verlor zwar ihr Ministerium, stieg in der CDU aber weiter auf. Im November wurde sie deren Generalsekretärin.

Weil Kohl für die Wahlniederlage verantwortlich gemacht wurde, kam es in der CDU zu Spannungen, die Frau Merkel zu ihrem Vorteil zu nutzen wusste. Sie musste Kohl loswerden und seinen Nachfolger Wolfgang Schäuble aus dem Weg räumen. Kohl wurde später "Ehrevorsitzender der CDU".

In einem Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung distanzierte sich Angela Merkel von beiden führenden CDU-Politikern (weitere Infos dazu unter <http://www.seiten.faz-archiv.de/faz/19991222/fr119991222271982.html>). Ihr ehemaliger Mentor wurde zu ihrem Gegner. (s. dazu auch <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5073858/Wie-die-CDU-Spendenaffaere-Merkel-den-Weg-ebnete.html>)

Angela Merkel präsentierte sich (der Parteibasis) als einziges Mitglied der Parteiführung, das dazu in der Lage war, das "System Kohl" zu bereinigen. So ebnete sie sich selbst den Weg zur CDU-Chefin.

Anfang 2000 trat Schäuble (als CDU-Vorsitzender) zurück, weil bekannt geworden war,

dass er einen Koffer voller D-Mark angenommen hatte. (s. dazu auch <http://de.wikipedia.org/wiki/CDU-Spendenaff%C3%A4re>)

Erinnern Sie sich noch? Am 1. Januar 1999 wurde der Euro zu Deutschlands offizieller Währung – zunächst noch nicht als reales Geld, sondern nur in Form von Reiseschecks, und im elektronischen Bankverkehr.

Die D-Mark in Scheinen und Münzen blieb bis zum 1. Januar 2002 in Umlauf; die komplette Umstellung auf den Euro dauerte bis zum 28. Februar.

Die Währungsumstellung in den einzelnen Euro-Ländern erfolgte zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Deutschland zog seine Landeswährung zuerst aus dem Verkehr.

Von nationalen Zentralbanken wurde die D-Mark aber noch einige Jahre länger akzeptiert. Vor der Umstellung auf den Euro war sie nach dem Dollar die zweitwichtigste internationale Leitwährung.

Anfang 2000 musste Helmut Kohl auf den Ehrenvorsitz und Wolfgang Schäuble auf den Vorsitz der CDU verzichten. s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Kohl und http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Sch%C3%A4uble) Angela Merkel konnte nun die Führung der CDU übernehmen und wurde zur Parteivorsitzenden gewählt.

Sie distanzierte sich von Kohl, der häufig der "letzten Sozialdemokrat" genannt wurde. Er hatte auf eine Kürzung der Sozialausgaben verzichtet, weil er den Widerstand der breiten Öffentlichkeit fürchtete.

Merkel steuerte ihren eigenen Kurs, der auf Kürzung der Sozialausgaben gerichtet war. Von Anfang an verfolgte sie eine sehr konzernfreundliche Politik, die darauf zielte, den Wohlfahrtsstaat Deutschland zu beseitigen.

Bei den Bundestagswahlen 2002 musste sie noch Edmund Stoiber, dem Ministerpräsidenten Bayerns und Vorsitzenden der CSU, die Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers überlassen.

Aus den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 ging sie als Siegerin hervor und wurde erstmals Bundeskanzlerin. Am 22. November 2005 trat sie ihr Amt an. Am 22. September 2013 verschaffte sie sich mit einem überlegenen Wahlsieg die Möglichkeit zu einer dritten Kanzlerschaft.

Von jetzt bis zur nächsten Bundestagswahl vergeht viel Zeit. Es bleibt abzuwarten, ob sie die noch ein viertes Mal gewinnen wird. In Anbetracht der Krise der Weltwirtschaft könnte es auch bei drei Kanzlerschaften bleiben.

Es könnte den Deutschen noch sehr leid tun, dass sie Angela Merkel jemals gewählt haben. Ihre gesamte politische Karriere ist geprägt durch Konzernhörigkeit, ein mangelhaftes Demokratieverständnis und Maßnahmen zum Nachteil der großen Mehrheit der Bevölkerung. Sie wird vom harten rechten Kern der CDU gestützt.

Ihre Politik ist gegen die Bevölkerung gerichtet. Sie vertritt nur die Interessen der Reichen, der wohlhabenden Erben und der Mächtigen. Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind ihr gleichgültig. Sie ist gegen fast alles, was die Mehrheit der Deutschen will.

Sie fährt einen harten Sparkurs, der die reichen Eliten, die ohnehin schon zu viel haben,

noch reicher macht. Sie will die Löhne niedrig halten oder weiter kürzen. Sie will das soziale Netz Deutschlands zerstören.

Die deutsche Bevölkerung soll sich selbst um ihr Wohlergehen kümmern. Die "entfesselten Kräfte des Marktes" sollen die Dinge regeln.

Was Angela Merkel tut, ist nicht fair. Die Profite der Konzerne sind ihr wichtiger als die Bedürfnisse der Menschen.

Es ist davon auszugehen, dass den meisten Deutschen harte Jahre bevorstehen. Auch die Bevölkerungen anderer Euro-Länder werden weiter unter ihrem strengen Regiment zu leiden haben.

In Anbetracht der sich verschärfenden Probleme der Weltwirtschaft sind noch sehr viel härtere Zeiten zu erwarten.

Stephen Lendman lebt in Chicago. Er ist unter lendmanstephen@sbcglobal.net zu erreichen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Infos über den Autor sind nachzulesen auf seiner unter <http://sjlendman.blogspot.de/> aufzurufenden Website. Als Ergänzung zu seiner Einschätzung empfehlen wir einen Artikel von Thierry Meyssan, den wir bereits unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05810_260210.pdf veröffentlicht haben.)



Merkel's Germany

by Stephen Lendman
September 23, 2013

On September 23, Der Spiegel headlined "Word From Berlin: Triumph Confirms 'Era of Merkelism.'"

She "won a stunning victory. Conservatives (achieved) the best result in two decades. Merkel is at the zenith of her power."

Financial Times contributor Wolfgang Munchau headlined "Merkel's almost total political triumph," saying:

"Just a few votes shy of an absolute majority was the best conceivable result Angela Merkel could have had."

"It was an electoral triumph of the kind that are extremely rare in German politics."

"She has achieved all her electoral goals. She will stay in power - of that there was really never any doubt."

"But she also secured her other goal - to make it impossible for the three parties of the left to form a coalition against her during the next parliamentary term."

Germany's so called left is as pro-business/anti-populist as right of center parties. Munchau didn't explain. "The CDU will always have a choice of coalition partners," he said.

"While (he) disagree(s) with almost all her economic policies, (he) cannot hide (his) admiration for her political ruthlessness."

German newspaper Die Tageszeitung calls her "the worst chancellor in the country's post-war history." She's that and then some. Retaining her "is bad news for Europe."

According to Berliner Zeitung, major domestic issues have been neglected. "Things can't stay as they are for another four years." Expect worse ahead, not better.

She's more than chancellor and party leader. She heads hard right German politics. She accomplished what no previous German leader achieved on either side of the aisle.

She won a third term. She's Germany's longest serving leader since Helmut Kohl's 16-year tenure. He was chancellor from October 1982 - October 1998.

Merkel's triumph "puts her on a similar footing with Christian Democratic Union (CDU) heavyweights like Konrad Adenauer and Helmut Kohl, but she won't have much time to savor it," said Der Spiegel.

She won 41.5 of Germany's electorate. She faces tough coalition talks to form a new government. Her current Free Democratic Party (FDP) partner suffered a humiliating defeat.

It lost two-thirds of its supporters. It's excluded from Bundestag participation. It failed to clear the 5% hurdle to do so.

It's the first time for the party in post-WW II history. It's a major hard right setback. Merkel has one of two choices.

Forming a new government requires doing so either with the Social Democratic Party (SPD) or Greens. Ordinary Germans lose out either way.

The five significant parties resemble America's Republicans and Democrats. Rhetoric alone separates them. Policies they support are largely similar.

They're pro-business. They're anti-populist. They prioritize austerity. They're waging war on ordinary Germans.

They support Obama's imperial agenda. They have their own delusions of grandeur. They endorse war. They abhor peace. They oppose the interests of most Germans.

Merkelism resembles Thatcherism. Thatcher launched a corporatist revolution. Britain became a cutthroat capitalist laboratory.

She represented Chicago School fundamentalism writ large. She believed markets work best unfettered of rules, regulations, onerous taxes, trade barriers, and human interference.

The best government is none at all, she believed. Whatever it can do, business does better so let it. Public wealth should be in private hands. Profit-making should be unrestrained.

Merkel is her German equivalent. Germans have themselves to blame for reelecting her.

In December 1989, her political career began. She joined East Germany's Democratic Awakening (DA). She became its press spokesperson.

In August 1990, DA was incorporated into East Germany's Christian Democratic Union (CDU). After October's reunification, it became part of West Germany's CDU.

Merkel's job disappeared. It didn't matter. In December 1990 elections, CDU candidates prevailed. In January 1991, Merkel was appointed minister for women and youth.

Party head Helmut Kohl became her mentor. She called him the "father of German unity." She allied with hard right party conservatives.

In 1994 elections, Kohl's government retained power. Merkel was promoted to head the environment ministry. She supported nuclear industry priorities. She endorsed extending the life of aging facilities.

In 1998, Social Democrats and Greens gained power. Merkel lost her ministerial seat. She advanced in CDU ranks. In November, she became general secretary.

Kohl was held responsible for defeat. Internal tensions surfaced. Merkel took full advantage. She wanted Kohl eliminated. She wanted his successor Wolfgang Schaeuble out of the way. He was "honorary president."

She distanced herself from both leaders. She did so in a Frankfurter Allgemeine Zeitung commentary. Her former mentor became adversary.

She presented herself as the party official most able to clear out the "Kohl system." She did so to elevate herself to party leadership.

In early 2000, Schaeuble resigned. He did so after damning information surfaced. He accepted a suitcase full of Deutsche Marks.

Note: on January 1, 1999, euros became Germany's official currency. Usage began in non-physical form. It included traveller's checks, electronic transfers, and other banking transactions.

Deutsche Marks and coins continued to be used until January 1, 2002. Changeover to euros lasted until February 28.

The official date on which national currencies stopped being legal tender varied by Eurozone member. Germany dropped its national currency first.

At the same time, it continued being accepted by national central banks for several years or longer. Before the switchover to euros, it was second only to dollars as a major international currency.

In early 2000, Kohl's resignation followed Schaeuble's. Merkel prepared for party leadership. She was elected party chairwoman.

She distanced herself from Kohl. He's often called the "last social democrat." He refrained from major social spending cuts. He did so fearing popular opposition.

Merkel set her own course. She had major cuts in mind. She prioritizes business-friendly policies. She wants Germany's welfare state traditions abolished.

In 2002 elections, Edmund Stoiber defeated her. He was Minister President of Bavaria and Christian Social Union (CSU) Chairman.

In September 2005 federal elections, she won her first term as chancellor. On November 22, she assumed office. On September 22, she won a third term.

It's a long time from now to September 2017. It remains to be seen if she'll win a fourth. Given the fragility of global economies, odds are it'll be three terms and out.

Germans may regret ever electing her. Throughout her career, she's been pro-business, anti-democratic, and anti-populist. She's aligned with hard right CDU elements.

She spurns popular interests. She represents politics of the rich, well born and powerful. She's indifferent to public need. She's against what most Germans support.

She intends more austerity harshness. She favors redistributing wealth to rich elites already with too much. She wants wages unchanged or cut. She wants social Germany destroyed.

She wants ordinary Germans responsible for their own well-being. She wants "market forces" "unleash(ed)" to run things.

She favors doing so at the expense of fairness. Profits matter more than people needs, she believes.

Expect most Germans to face four more tough years ahead. Expect other Eurozone populations to bear her extremism.

Given troubled world economies likely to worsen, expect harder than hard times to follow.

Stephen Lendman lives in Chicago. He can be reached at lendmanstephen@sbcglobal.net.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern